

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordstraße 7. Druck und Versand Joh. van Nieu, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Zum Jahreswechsel!

Möge das Jahr 1918 ein glückbringendes Friedensjahr werden. Dies wünschen wir allen unseren Mitgliedern.

Verbandsleitung
und Redaktion.

Konzentrationsbestrebungen in der Arbeitnehmerbewegung.

Auf dem Gebiete der gewerblichen Erzeugung ist eine der bemerkenswertesten Kriegsercheinungen — abgesehen von der Zwangsindizierung — die Tendenz zur Konzentration, zum Zusammenschluß und zur Vereinigung zerstreuter Kräfte. Aber nicht nur dies, auch machtvollere Gebilde als zersplitterte Einzelkräfte, große Werke und Verbände suchen wieder gegenseitige Ablehnung. Man denke in letzterer Beziehung nur an die Vorgänge, die sich gleich zu Anfang des Krieges hinsichtlich unserer industriellen Interessenvertretungen abspielten. Der Zentralverband deutscher Industrieller, die Vertretung der Schwer- und Fertigungsindustrie und der Bund der industriellen, die Sachwalter der weiterverarbeitenden und Exportindustrien, vereinigten sich zum Kriegsausbruch der Deutschen Industrie und schufen sodann im deutschen Industrierrat eine noch engere, dauernde Verbindung und damit eine die Gesamtheit der industriellen Interessen umfassende Zentralorganisationen. Ermöglichte diese zugleich auch eine zentralere Wahrnehmung von Arbeitgeberinteressen, so suchten jene im besonderen auch in wachsendem Zusammenschluß die Arbeitgeberverbände sowohl nach Gewerbezweigen als auch für das ganze Reich zu sichern. Der Konzentration auf Arbeitgeberseite entspricht auf Seiten der gewerblichen Arbeiter die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft, zu der sich unter Wahrnehmung ihrer Selbständigkeit und ihrer Eigenarten die Generalkommission der freien Gewerkschaften, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, der Verband der deutschen Gewerksvereine und die polnische Berufsvereinigung zusammengefunden haben.

Könnten die gewerkschaftlichen Berufsorganisationen für diese dem tatsächlichen Zwang entsprechende Gemeinschaftsarbeit auf gelegentliche Beispiele des Zusammengehens aus der Zeit vor dem Kriege zurückgreifen und erscheinen die mehr gleichartigen Berufsinteressen einer solchen Gemeinschaftsarbeit von vornherein günstig, so kann man dies nicht sagen von den Angestellten-Organisationen, die jedoch gleichfalls später hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Arbeitnehmerinteressen den Weg Seite an Seite der Arbeiter gefunden haben. Im Gegensatz zu den mehr gleichartigen Berufs-

interessen aufweisenden Arbeiterverbänden verzeichnen nämlich die Angestelltenorganisationen einer derartigen Zersplitterung, namentlich auch was ihre Grundlage betrifft, daß hier bis zum Kriege alle Kartellierungsbestrebungen lückenhaft blieben. Eine Konsolidierung der Verhältnisse im Sinne größerer Konzentration hat sich hier erst während des Krieges vollzogen. Heute stehen drei große Arbeitsgemeinschaften mit geschlossenem Arbeitsprogramm nebeneinander mit rund 800 000 Mitglieder, über die Dr. Höfle in der neuesten Nummer der deutschen Technikerzeitung (24. November) eine recht gute Uebersicht gibt. Und zwar die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände, die Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, die letztere vor kurzem noch Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht geheißen.

Für die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände liegen programmatische Erklärungen nicht vor. Sie umfaßt sehr verschiedenartige Organisationen. Neben den paritätischen Verbänden, wie deutscher Verband kaufmännischer Vereine und dem Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands gehören auch gewerkschaftliche Verbände, wie der Verein deutscher Kaufleute, der früher einmal den Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereinen angeschlossen war, der Arbeitsgemeinschaft an. Vorherrschend scheinen aber in der kaufmännischen Arbeitsgemeinschaft sogenannte „mittelständische“ Gesichtspunkte zu sein, wie sie Dr. Köhler, der frühere Vorsitzende des „58er Vereins“ in seiner Broschüre: „Die Privat-Beamtenpolitik nach dem Kriege“ vertritt. Nach Dr. Köhler stehen auf der einen Seite diejenigen Wünsche, die als Ziel die Schaffung eines gesellschaftlich und sozialpolitisch geschlossenen Standes auf mittelständischer Grundlage verfolgen, auf der andern Seite die Forderungen, die von den Privatangestellten als einem Gliede des allgemeinen Arbeitnertums ausgehen. Aus dem mittelständischen Charakter einer Arbeitsgemeinschaft im Köhler'schen Sinne ergibt sich aber leicht die Gefahr, daß man sich als Arbeitnehmer gegenüber einem Zusammenarbeiten mit den Arbeiterorganisationen zu große Zurückhaltung auferlegt und in der sozialpolitischen Beziehung zu stark die Sonderstellung der Angestellten hervorkehrt. So erklärt es sich, daß die Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände gegenüber den Arbeitgebern sanftere Töne anschlägt, Kaufmannskammern statt Arbeitskammern verlangt, und die maßgebenden Verbände der Arbeitsgemeinschaft Gegner des einheitlichen Angestelltenrechts sind.

Im Gegensatz zu der Arbeitsgemeinschaft kaufmännischer Verbände betrachtet die Arbeitsgemeinschaft technischer Verbände, die eine Zusammenfassung von technischen Standesorganisationen unter Ausschluß von Branchenverbänden sein will und den deutschen Werkmeisterverband und den deutschen Technikerverband umfaßt, als maßgebend für ihre Tätigkeit die Arbeitnehmer-eigenschaft der Mitglieder. Letzterer Verband steht seit seinem Kölner Verbandstag auf gewerkschaftlicher Grundlage, d. h. er betrachtet die Interessenvertretung dem Arbeitgeber gegenüber unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel — für die Angestellten im öffentlichen Dienst verzichtet er allerdings auf das Streikrecht — als seine Hauptaufgabe. Der deutsche Werkmeisterverband bezeichnet sich zwar nicht ausdrücklich als gewerk-

schaftlich, aber er arbeitet im gleichen Sinne. Praktisch ergibt sich für die Arbeitsgemeinschaft, daß sie ein Kartellverhältnis mit paritätischen Verbänden ablehnt, für Arbeitskammern mit besonderen Abteilungen für Angestellte, für eine Angestelltenversicherung unabhängig von der Invalidenversicherung eintritt und den Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern besondere Aufmerksamkeit zuwendet.

Für die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ist die Arbeitnehmereigenschaft das maßgebende. Sie umfaßt aber Verbände, die zwischen der Arbeitnehmereigenschaft des Angestellten und des Arbeiters kaum mehr einen Unterschied machen und nicht einmal die organisatorische Unabhängigkeit von der Arbeiterbewegung als notwendig betrachten. So gehören die der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbände der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten der Generalkommission der freien Gewerkschaften an. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bezeichnet sich ausdrücklich als Zusammenfassung gewerkschaftlicher Angestelltenorganisationen. Sie verlegt die Linie, die durch die Anerkennung der Arbeitnehmereigenschaft der Angestellten und des mittelständischen Charakters im Sinne der Unabhängigkeit der Angestellten von der Arbeiterbewegung zu beachten ist, noch mehr nach links. In diesem Sinne tritt sie z. B. für die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung ein.

Neben den genannten Arbeitsgemeinschaften sind weitere entstanden. Zum Teil sind sie unbedeutend, wie die der Bureauangestellten und der technischen Schiffs-offiziere, zum Teil sind sie zu wenig programmatisch wie die von Dr. Görnandt, dem Direktor des Magdeburger Privatbeamtenvereins vor kurzem gegründete „Vereinigung deutscher Privatbeamten- und Angestelltenverbände.“ Diese umfaßt recht verschiedene Gruppen, die weder nach Beruf, noch nach ihrer Stellung zum Arbeitgeber Gleichartigkeit aufweisen. So gehört ihr der deutsche Privatbeamtenverein, der deutsche Gruben- und Fabrikbeamtenverband, der Hauptverband der Güterbeamtenvereinigungen, der deutsche Faktorenbund, der Verband deutscher Schiffsingenieure, der Verband deutscher Apotheker und verschiedene Vereine technischer Bergbaubeamten an.

Indem die Zentralstellen der Angestellten- und Arbeiterverbände sich zu gemeinsamer Arbeit gefunden haben, ist eine gemeinsame Arbeitnehmersfront geschaffen. Das Hilfsdienstgesetz hat sie zusammengeführt. In einer ganzen Reihe sonstiger Fragen, wie Demobilisierung, Ernährung, Arbeitskammern, hat sich das Zusammenarbeiten bewährt. Dieses Zusammenarbeiten wird zwar in Arbeitgeberkreisen argwöhnisch beurteilt, bildet aber gegenüber dem „Kapital“ ein gutes Gegengewicht. Sich etwa ergebende Differenzen zu beseitigen wird Sache von Schlichtungsstellen, Arbeitskammern und Einigungsämtern sein. Es zeigt sich auch hier wieder, wie sehr die Schaffung solcher Einrichtungen nur der Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse entspricht.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland

versendet einen Aufruf, dem wir folgende programmatische Sätze entnehmen:

Ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen, ist uns in mannigfachen Kundgebungen der Regierung als unsere deutsche Zukunft bezeichnet worden.

Nur diese Lösung vermag unser Volk wahrhaft zu zwingen. Außere und innere Freiheit, äußere und innere Kraft hängen zusammen. Nur ein Volk, in dem für die freie und verantwortungsfreudige Mitarbeit aller Schichten und Stände, am Staatswesen Raum geschaffen wird, ist machtvoll nach außen. Innerer Neuaufbau und äußere Kraftentfaltung der Nation sind nicht zu trennen. Das herkommen alle, welche diese Neuordnung verschoben zu dürfen glauben, statt sie unmittelbar und lebendig aus dem Kriege selbst geboren werden zu lassen, wie bereits auch unser Reich mitten im Kriege geboren wurde.

Der vierte Kriegswinter heißt diese Forderungen lauter. Es ist Schicksal, als niemals verlangt er der inneren

Zusammenschluß der Nation. Vor allem rechnen wir dazu: klare Einheit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung.

Im einzelnen bedürfen wir erstens angefaßt des heute noch nicht gebrochenen Vernichtungswillens unserer Feinde einer äußersten Zusammenfassung unserer Kräfte, bis jener Vernichtungswille gebrochen ist; zweitens der sofortigen innerpolitischen Neuordnung, eines freiheitlichen Ausbaues unserer staatlichen Einrichtungen durch gemeinsame Arbeit aller Volksschichten, um so die Kraft des Volkes zu stärken, die Freudigkeit zu steigern, einer reformwilligen Regierung die Stütze eines festen Volkswillens zu geben, und die notwendigen Folgerungen aus dem Wesen des modernen Staates zu ziehen, die heute jede Nation im Zusammenhang ihrer Entwicklung ziehen muß; drittens einer klaren, von Volk und Regierung getragenen Außenpolitik, die einen dauernden Frieden anstrebt, Rohstoffbezug und Handelsabtrag sichert und -Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit der Völker auf den Boden der Gerechtigkeit und des Rechtes stellt.

Nur in der Vereinigung kluger Realpolitik und volkstümlich-freiheitlicher Staatsordnung erblicken wir die Grundlagen eines modernen Großstaates. Die Eingliederung dieses neuen Deutschland in eine Gemeinschaft der gegenseitig ihre Lebensnotwendigkeiten achtenden und anerkennenden Kulturstaaten ist eines unserer vornehmsten Ziele.

Unterscriben haben: der Ausschuß des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses, die Generalkommission der (freien) Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, die Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, der Verband der deutschen Gewerksvereine (H.-D.), der Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter, der Verband deutscher Handlungsgehilfen und der Verein der deutschen Kaufleute. Für den Vorstand zeichnen Prof. Dr. E. Franke, Vorsitzender; G. Bauer, M. d. R., 1. stellv. Vorsitzender; A. Stegerwald, M. d. R., 2. stellv. Vorsitzender; G. Hartmann, Verbandsvorsitzender, Schriftführer; E. Kemmers, Generalsekretär, Schatzmeister; Dr. Gertrud Baumer (Hamburg); J. Reif, Direktor (Leipzig); Prof. Dr. Troeltich. Für den Arbeitsrat: Fr. Behrens, M. d. R.; Dr. Böhme, M. d. R.; J. Giesberts, M. d. R. u. L.; Dr. A. Grabowsky; Prof. Dr. Herfner; Dr. Höfle, Direktor; C. Legien, M. d. R.; Prof. Dr. Friedr. Meinecke; Prof. Dr. H. Duden; D. Niedeck, Generalsekretär; W. Schumann, 1. Schriftf. d. Dürerb.; J. Casenbach, Stadtrat; D. Schneemelcher, Generalsekretär; Helene Simon; Dr. Friedr. Thimme. Einem größeren Ausschuß gehören von bekannten Persönlichkeiten u. a. an: Dr. Frhr. von Berlepsch, Vorsitzender der Gesellschaft für Soziale Reform, Prof. Dr. L. Brentano, München, Prof. Dr. Hans Delbrück, der frühere Staatssekretär Dernburg, Direktor Dr. Müller (M. Gladbach), Vors. d. Verbandes der kathol. Arbeitervereine Westdeutschlands, Abg. Dr. Fr. Raumann, sowie eine große Reihe von Gewerkschaftsführern wie Voßsang (Essen, christl. Bergarbeiterverband), Wieber (Duisburg, christl. Metallarbeiterverband), Sachse, (soz. Bergarbeiterverband) u. a.

Arbeiterchaft und Kriegsentcheidung.

VI.

Das Arbeiterinteresse am Kriegsausgang.

Die deutsche Arbeiterchaft darf indes im Endabstand des Krieges nicht bloß Forderungen an den Staat und die übrigen Volksgenossen stellen, sie muß aus sich heraus alles tun, um einen guten Frieden für Deutschland zu ermöglichen. Wie jeder Mensch, so hat jedes Volk seine Ehre. Die Arbeiter können als wichtiger Bestandteil des deutschen Volkes nicht zugeben, daß nur den Angelsachsen und den Japanern das Recht bechieden sein soll, Weltmächte und Weltvölker zu werden. Das deutsche Volk ist mindestens so stark und tüchtig, wie jedes andere Volk der Welt. Diesem Volk muß das Recht zustehen, seinen Anlagen und seinen Fähigkeiten entsprechend, unter Berücksichtigung der Rechte anderer Völker, sich in der Welt zu betätigen. Die deutschen Arbeiter können nicht zugeben, daß die Angli-

sachsen für alle Zeiten das Herrenvolk spielen, die Deutschen dagegen das Trabantenvolk abgeben sollen. Die deutschen Arbeiter können nicht zugeben, daß das deutsche Volk in Zukunft wieder, wie es früher der Fall war, den Kulturbünger für andere Völker abgeben soll.

Man redet heute so viel vom deutschen Militarismus. Wichtig ist, daß in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht mit am ersten zur Einführung gelangte und am weitesten durchgeführt wurde; richtig ist, daß in Deutschland der Pflege des militärischen Geistes große Sorgfalt zugewendet wurde. Ist das etwa geschehen aus Laune der jeweils regierenden Monarchen und Fürsten? Nein, das ist geschehen, weil Deutschland infolge seiner geographischen Lage als Reich der Mitte von jeher von seinen Nachbarn zum Grenzfeldplatz, zum Austrag ihrer Streitigkeiten benutzt wurde; der dreißigjährige Krieg, der siebenjährige Krieg, die napoleonischen Kriege und eine Reihe anderer Auseinandersetzungen haben sich hauptsächlich auf deutschem Boden abgespielt. Das deutsche Volk mußte es ablehnen, seine Städte und Flüsse stets zum Kriegsschauplatz von anderen gebrauchen zu lassen; das deutsche Volk mußte es ablehnen, durch unangesehene kriegerische Ereignisse zum Bettlervolk verurteilt zu sein, während andere Völker zu gleicher Zeit zu immer größerer Wohlhabenheit gelangten. Diese geschichtlichen Tatsachen und Zusammenhänge gehen die Arbeiter genau so an, wie die übrigen Volksgenossen.

Die schönste Verfassung, die größten Freiheiten würden den deutschen Arbeitern nichts nützen, wenn aus dem Kriege nicht wieder ein starkes, gesichertes Deutschland hervorginge. Ein besiegtes und wirtschaftlich eingeschnürtes Deutschland könnte keine 70 Millionen Menschen auf heimatischer Erde ernähren. Die deutschen Arbeiter brauchen bloß in den Frühjahrs- und Herbstmonaten die Auswandererbahnhöfe in Oberschlesien, in Konstanz usw. anzusehen, um den großen Jammer und das gewaltige Elend kennen zu lernen, das mit der Auswanderung zusammenhängt. Es ist noch gar nicht lange her, daß auch aus Deutschland jährlich mehr als 200 000 Menschen auswandern mußten. Die Ausgewanderten mußten dann in anderen Ländern, ohne der fremden Sprache mächtig zu sein, ohne zunächst die dortigen Arbeitsgepflogenheiten zu kennen, in der ersten Zeit die niedrigste, die beschwerlichste und schlechtest bezahlte Arbeit verrichten. Ich habe in den letzten fünfzehn Jahren fast ganz Europa und andere Teile der Welt bereist und bin jedesmal als größerer Patriot nach Deutschland zurückgekehrt.

Ein niedergeworfenes Deutschland könnte jährlich keine 1/4 Milliarden Mark für die gesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung aufbringen. Welcher deutsche Arbeiter könnte sich noch mal in den Zustand hineinfinden, daß keine gesetzliche Unfall- und Krankenversicherung, keine Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung bestände? In einem zerstückelten Deutschland könnte von einem durchgreifenden Arbeiterschutz, einer großzügigen Wohnungsreform, einer sozialen Steuerpolitik keine Rede sein.

Die deutschen Arbeiter müssen daher im Schlußabschnitt des Krieges ihr Alles und ihr Bestes hergeben, um für unser Vaterland einen guten und ehrenvollen Frieden zu ermöglichen. Wir müssen unser Bestes anbieten, um unsere Kameraden und Volksgenossen an der Front mit dem erforderlichen Kriegsmaterial versorgen zu können. Neben der Annahme, daß wir es kein Jahr mehr aushalten könnten, sehen unsere Feinde ihre letzten Hoffnungen im nächsten Frühjahr insbesondere auf die technischen Hilfsmittel aus Amerika. Damit sollen unsere Kameraden und Volksgenossen im nächsten Jahre erschlagen werden. Wir müssen daher im kommenden Winter unter Anspannung aller Kräfte die von unsern Feinden erhoffte technische Überlegenheit an Kriegsmaterial auszugleichen suchen. Für Arbeitsniederlegungen darf es in solcher Stunde keine ausreichenden Gründe geben.

Der Kollege Behrens und ich waren heute vor vier Wochen im großen Hauptquartier. Erzellenz Ludendorff sagte uns damals, daß die letzte Arbeitsniederlegung im Ober-schlesischen Bergbau verschiedene Frontabschnitte in eine sehr schlimme Lage gebracht habe. Die einzelnen Betriebe haben

heute nicht mehr wie im Frieden einen Kohlenvorrat von ein oder zwei Monaten. Die Kohle ist ein rarer und begehrter Artikel im Kriege geworden. Manche Betriebe sind nur für den Tagesbedarf eingedeckt. Fehlt die Kohle, dann können selbstverständlich die U-Boote nicht zur rechten Zeit fertiggestellt, die Handgranaten nicht abgeliefert, sonstiges Kriegsmaterial nicht rechtzeitig an die für sie bestimmten Frontabschnitte gebracht werden. Es könne, so sagte uns Ludendorff wörtlich, mathematisch berechnet werden, daß jeder Munitionszug, der mehr zur Ablieferung gebracht werde, so und soviel deutschen Soldaten das Leben erhalte. Wir dürfen nicht durch Arbeitsniederlegungen zum Mörder unserer eigenen Kameraden werden. Ich will selbstverständlich keine kriegsauspeitende Rede halten; nur ein herz-, gewissen- und verantwortungsloser Mensch könnte der unnützen Verlängerung des Krieges das Wort reden.

Deutschland kann indes den Krieg nicht beendigen. Was Deutschland für die Beendigung des Krieges tun konnte, ist geschehen. Wir hatten bekanntlich im Südwesten sehr unzulängliche Grenzen gegen Frankreich, wir mußten bei Kriegsbeginn, um nicht erdrückt zu werden, zur Wehr greifen und durch Belgien marschieren. Als Düttich genommen und die Durchmarschstraße nach Frankreich frei war, haben wir Belgien ein Friedensangebot gemacht; als Rumänien erledigt war, machten wir unseren Feinden ein allgemeines Friedensangebot; nach Ausbruch der russischen Revolution boten wir Rußland den Frieden an; im Juli dieses Jahres beschloß der Reichstag die bekannte Kriegszieleklärung. Später folgte die Beantwortung der Papstnote durch die Reichsregierung im einem friedensfreundlichen Sinne; es folgten weiter die bekannte Rede Dr. Mühlmanns im Reichstag und die des Herrn Czernin in Budapest. Mehr kann von unserer Seite für den Frieden nicht geschehen. Man kann im Gegenteil sehr wohl der Meinung sein, daß schon zuviel in Friedensangeboten gemacht wurde.

Allgemeine Rundschau.

Wohnungsfragen für die minderbemittelten Volksschichten

treten mit der längeren Dauer des Krieges immer schärfer in den Vordergrund. Behörden und soziale Organisationen sehen sich veranlaßt, der Frage näher zu treten, um bestehenden Notstände nach Möglichkeit zu lindern und vorbeugende Maßnahmen für die Übergangszeit nach dem Friedensschluß in die Wege zu leiten. In eindrucksvoller Weise hat der Ende Oktober d. J. in Berlin abgehaltene vierte Deutsche (christlich-nationale) Arbeiterkongress zum außerordentlichen Kernpunkt der Wohnungsfrage, zur Erstellung von Kleinwohnungen, Stellung genommen. Die im Anschluß an zwei Berichte vom Staatsminister a. D., Graf von Bosdowsky und Redakteur Gasteiger München vom Kongress angenommene Entschließung enthält eine Reihe praktischer Vorschläge, die weitgehende Beachtung verdienen.

In der Erstellung von Kleinwohnungen, so heißt es in dem Beschluß, ist neben der Bodenfrage der Beschaffung des notwendigen Baugeldes die weitestgehende Aufmerksamkeit zu schenken. Daneben muß die Herstellung und die Beschaffung der Baustoffe in ausreichender Menge und zu angemessenen Preisen Gegenstand ernstester Sorge sein. — Der Kongress richtet sowohl an die Gesetzgebung von Reich und Bundesstaaten, wie an die beteiligten Geldinstitute das dringende Ersuchen, der Beleihung von Kleinwohnungsbauten das größte Augenmerk zu schenken. Eine Änderung des Hypothekendarlehensgesetzes in bezug auf die Höhe der Beleihung ist notwendig; ferner die gesetzliche Verpflichtung der Hypothekendarlehenbanken, mindestens 10 Prozent der auszugebenden Pfandbriefe im Kleinwohnungsbau anzulegen. Dies dürfte im Zusammenhang mit einer erhöhten, gesetzlich fixierten Leistung gemeindlicher und Bezirks-Sparbanken weiteren Freiens der privaten Baugeldsucher wertvolle Dienste leisten. — Der gemeinnützige Wohnungsbau muß nach vorwärts durch die Landesversicherungsanstalten und die Reichs-

Erziehungsanstalt für Angestellte mit erstklassigen Belehungen bedacht, leistungsfähige Krankenkassen, wie die Berufsgenossenschaften und Knappchastklassen müssen verpflichtet werden, einen Teil ihrer Vermögensbestände dem Kleinwohnungsbau nutzbar zu machen. — Von der Reichsgesetzgebung wird erwartet, daß sie zur Beschaffung weiterer Geldmittel für die Wohnungsreform auch den Versicherungsgedanken in ihren Dienst stelle und dem Ausbau der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung zu einer Wohn- oder Elternschaftsversicherung bald näher trete, um das Wohnungsproblem der Kinderreichen wenigstens einer teilweisen Lösung entgegenzuführen.

Die preussischen Ministerien der öffentlichen Arbeiten und des Innern haben inzwischen in einem Erlaß an die Gemeindeverwaltungen die sofortige Inangriffnahme geeigneter Vorbeugungsmaßnahmen dringend empfohlen. Bestimmte Vorschriften enthält der Erlaß nicht, er will nur allgemeine Richtlinien aufstellen. Die Vorschläge beschränken sich auf die Leitung größerer Wohnungen in kleine, die Herrichtung von Dach- und Kellerwohnungen sowie Kellerräumen in öffentlichen Gebäuden, Lagerhäusern usw., ferner auf Erstellung von Baracken. Es handelt sich also um Notbehelfe für die trübsame Uebergangszeit. Damit darf sich die staatliche Wohnungsfürsorge keineswegs begnügen. Es wäre auch sehr bedenklich, nun einfach alles auf die Gemeinden abzuwälzen. Reich und Staat müssen selbst positiv mitwirken, wenn dem drohenden, teilweise schon vorhandenen Notstand erfolgreich entgegen gewirkt werden soll. Die Vorschläge des vierten Deutschen Arbeiterkongresses zeigen einen gangbaren und erfolgversprechenden Weg für diese bedeutsame Arbeit.

Aus unserer Industrie.

Wie es in der Papiergarn-Spinnereien und Webereien aussieht.

Die Papiergarn-Spinnerei und damit auch die Verarbeitung von Papiergarnen zu Geweben der verschiedensten Art haben im verfloßenen Halbjahr eine ganz ungeahnte Entwicklung genommen. Der äußerst rege Bedarf an Erzeugnissen hat die vielseitige Verwendung des Papiers noch erhöht. Durch die Vervollkommnung der technischen Einrichtungen werden — so wird der „Frankfurter Zeitung“ aus M. Gladbach geschrieben — Papiergarne jetzt schon bis zu Nummer 20 gesponnen, es ist sogar Aussicht vorhanden, daß noch höhere Nummern in brauchbarer Beschaffenheit hergestellt werden können. Die Erzeugung der Spinnereien, die sich auf diese Papiergarne eingerichtet haben, reicht längst nicht hin, um der Nachfrage zu genügen. Die Aufträge sind besonders in den Kammern bis 3 so umfangreich, daß Posten mit schneller Lieferung fast nicht mehr zu haben sind. Der Wert der Papiergarne und Gewebe zeigt sich in seinem vollen Lichte jetzt im Kriege, denn was würde aus den zahlreichen Textilstoffe verarbeitenden Betrieben geworden sein, wenn sie die Papiergarne nicht hätten? Eine ganze Reihe von Artikeln haben sich inzwischen so eingebürgert, daß solche auch nach dem Kriege bestehen bleiben dürfen; viele Rohstoffe, besonders Jute und teilweise auch Baumwolle konnten wir dadurch entbehren.

Die Lage des Spinnpapiermarktes ist augenblicklich wenig günstig,

worunter naturgemäß auch der Papiergarnmarkt leidet. Deutsches Spinnpapier ist zurzeit fast nicht aufzutreiben, ebenso stellt die Einfuhr von schwedischem Spinnpapier, welche bereits seit längerer Zeit fast nur auf feingrammige Sorten beschränkt blieb. Die Papierfabriken haben nun aber eine Reihe anderer Papiere und besonders den Nitrierstoff für die Munitionsfabriken, die nicht unter Höchstpreis stehen und bedeutend höheren Nutzen abwerfen als die Spinnpapiere. Dadurch schwindet das Interesse an der Erzeugung von Spinnpapier, und damit steht die Papiergarnspinnerei vor der Tatsache, daß sie den Bedarf an Spinnpapier zu decken nicht in der Lage ist. Die Höchstpreise für Spinnpapiere und

auch die Preise der daraus gesponnenen Garne sind entsprechend zu erhöhen; zugleich müßten auch für die anderen Papierarten Höchstpreise festgelegt werden. Seit dem 23. Oktober ist die erwartete Bekanntmachung erschienen, wonach alles Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und die Papierbindfäden beschlagnahmt, außerdem eine Meldepflicht über Papiergarnherzeugung eingeführt wird.

Einschränkung im Verbrauch von Wollstoffen in Frankreich.

Um den Verbrauch von Wolle zu verringern, ist zwischen den führenden Syndikaten der Pariser Schneiderfirmen, Konfektionsunternehmern und Warenhäusern eine Vereinbarung zustande gekommen. Es wurde beschlossen, den Verbrauch von Schafwollstoffen für ein Damenkleid, der schon von 8 m des Jahres 1915/16 auf 5 1/2 m für das Vorjahr herabgesetzt wurde, für 1917/18 auf 4 1/2 m zu reduzieren. Außerdem sollen für Wolle Surrogate verwendet werden. Der Zweck der Maßregel ist ein doppelter; es sollen gleichzeitig die großen Zahlungen ins Ausland und der für Wollimporte in Anspruch genommene Schiffsraum vermindert werden. Ohne dies rechnet man damit, daß ein Soldat dreimal so viel an Wollstoff verbraucht als eine Zivilperson, und daß sich der Preis der Wolle seit 1908 rund verdoppelt hat; endlich ist die französische Schafzucht während des Krieges um 40 Prozent zurückgegangen.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Karl Nagel aus M. Gladbach.

Karl Cassen aus Hardt.

Wilhelm Kemmerich aus Euskirchen.

Heinrich Johannknecht aus Gütersloh.

Wir wollen Ihr Andenken in Ehren halten.

Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Versammlungskalender.

Wochst. 30. Dezember und 6. Januar von 10 bis 12 Uhr Abrechnung der Vertrauensleute auf dem Büro.

Gesucht

gewandte, zuverlässige Frauen, insbesondere Kriegerfrauen und Witwen, die sich durch Mitarbeit an unserer Wohlfahrtseinrichtung lohnenden Nebenverdienst verschaffen wollen. Feste Anstellung nicht ausgeschlossen. Anfragen an die Generalrechnungsstelle in Köln, Venzlerwall 9.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Konzentrationsbestrebungen in der Arbeitnehmerbewegung — Der Volksbund für Freiheit und Vaterland — Arbeiterchaft und Kriegsentcheidung. — Allgemeine Rundschau: Wohnungsfragen für die minderbemittelten Volksschichten. — Aus unserer Industrie: Wie es in den Papiergarn-Spinnereien und Webereien aussieht. — Einschränkung im Verbrauch von Wollstoffen in Frankreich. — Ehrentafel. — Versammlungskalender. — Injerat.

Verantwortlich für die Schriftleitung: F. A. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7.